



GLÜCKSSPIEL

Alle Schranken sollen fallen?

11.178 Steirerinnen und Steirer haben für Maßnahmen gegen die Spielsucht unterschrieben. SPÖ und ÖVP zaudern unter dem Druck der Glücksspiellobby und schieben die Verantwortung auf den Bund. Der Entwurf zum neuen Glücksspielgesetz ist ein Freibrief für große Automatenaufsteller.

Lex Novomatic – das Novomatic-Gesetz – so nennt sich der Entwurf für das neue Glücksspielgesetz. Denn ein Gewinn ist das Gesetz nur für den heimischen Spielautomatenher- und Aufsteller Novomatic, der mit seinen Admiral-Cafes den Markt beherrscht. Auf der Strecke bleiben Spielsüchtige und deren Familien, aber auch kleine Automatenaufsteller.

3600 Euro können nach dem Gesetzesentwurf in einer Stunde verzockt werden – ganz legal! Denn der Mindesteinsatz für das Kleine Glücksspiel soll von derzeit 50 Cent pro Spiel

auf 10 Euro angehoben werden. Bei einer Spieldauer von zehn Sekunden – in Wirklichkeit ist sie viel kürzer – lassen sich somit in einer Stunde 3600 Euro verlieren. Damit den Spielern das Geld noch schneller aus den Taschen gezogen werden kann, sollen die Automaten einen Banknoteneinzug bekommen.

Damit vor allem die Novomatic profitiert, dürfen nach dem neuen Gesetz nur mehr Unternehmen einen Automaten salon betreiben, die über ein Kapital von 50 Millionen Euro verfügen; maßgeschneidert für Novomatic eben.

Der Spielerschutz – Kontroll- und Sperrmöglichkeiten, Therapieangebote – kommt im Gesetzesentwurf nicht vor. „Das ist verantwortungslos. In ganz Österreich wird die Zahl der Spielsüchtigen dramatisch ansteigen – mit allen negativen Folgen für die Familien und die Gesellschaft“, warnt KPÖ-Landtagsabgeordneter Ernest Kaltenegger.



MEINUNG

Ernest Kaltenegger,
KPÖ-Klubobmann im Landtag

Bitte zur Kasse!

„Mehr Privat, weniger Staat!“ lautete die vermeintliche Heilsbotschaft hochbezahlter Phrasendrescher in Politik und Wirtschaft über viele Jahre. Besonders im Visier waren dabei jene Unternehmungen im öffentlichen Eigentum, die wesentliche Dienstleistungen für die Bevölkerung erbringen. Ihre Privatisierung war das Ziel von Geschäftemachern. Die EU sollte den Weg dazu ebnen.

An zwei aktuellen Beispielen wird der Bevölkerung derzeit wieder einmal vorgeführt, wer die Zeche für eine solche Politik zu zahlen hat: Bei der Post kommt es in der Folge der Liberalisierung zu einem personellen Kahlschlag mit einer erheblichen Verschlechterung des Angebotes für die Kunden. Wer glaubt, dass dann vielleicht dafür die Tarife sinken werden, der lässt sich wahrscheinlich

wohl jeden Bären aufbinden!

Bei der Energieversorgung erleben wir Ähnliches. Auch hier sind nach der Liberalisierung die Haushaltskunden die Gerupften. War früher die gesicherte Leistung für die Bevölkerung der Hauptauftrag für die öffentlichen Energieversorgungsunternehmen, so geht es heute in erster Linie ums Abkassieren. Dabei kommt es auch zu absurden Begleitumständen. So zum Beispiel verlangt die ESTAG von den steirischen Haushalten für das Erdgas um zirka 20 Prozent mehr als ihr Tochterunternehmen in Wien. Begründet wird dies mit dem „Markt“. Im Klartext heißt so etwas immer: Kassiert wird, was der Markt hergibt!

Ernest Kaltenegger,
Tel. 0316 / 877 51 04
ernest.kaltenegger@stmk.gv.at

Skandal: Estag-Gas in Wien billiger als in Graz

Einen handfesten Skandal deckte KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger auf.

Der steirische Energiekonzern Estag verkauft in Wien das Gas über seine Tochterfirma „Unsere Wasserkraft“ um rund 20 Prozent billiger als in der Steiermark! 1262,38 Euro zahlt man in Wien für 20.000 kWh Gas-Energie, in Graz kostet die gleiche Menge 1508,90 Euro. In Kombination mit den

vier Strompreiserhöhungen in den vergangenen drei Jahren wird die Belastung durch hohe Energiepreise unerträglich.

Ernest Kaltenegger (KPÖ): „Eine soziale Tarifpolitik ist bei Energie Steiermark geboten, Tarifierhöhungen unnötig. Die Entwicklung bei den Energiepreisen zeigt, dass die Gas- und Stromversorgung nicht privaten Profitinteressen überlassen werden darf.“